

Sabine Berninger

Migrations- und Integrationspolitische Sprecherin
Sprecherin für Justizpolitik



DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt

Telefon: 0361 / 377 2302
Telefax: 0361 / 377 2416
berninger@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de

In der Thüringischen Landeszeitung äußerte sich Innenminister Geibert am 22. Dezember 2013 zur Flüchtlingspolitik, Flüchtlingszahlen und -kosten.¹

Wahlkreisbüro:
Zimmerstraße 6
99310 Arnstadt
Telefon: 03628 / 660 624
wkb-berninger@t-online.de

Sabine Berninger hat Geiberts Aussagen kritisch unter die Lupe genommen und stellt fest: „eine krude Mischung aus Halb- oder Unwahrheiten.“

Innenminister Geibert behauptet:

Deutschland habe, „gemessen an der Bevölkerung, die zweithöchste Aufnahmequote nach Schweden.“ Den Beleg für diese Aussage bleibt der Minister schuldig.

Belegt ist:

Bei der Aufnahme je 1.000 EinwohnerInnen lag die Bundesrepublik 2011² auf Platz 9, 2012 auf Platz 11³ (0,7 AntragstellerInnen je 1.000 Ew.) innerhalb der europäischen Staaten (vorn Malta mit 5 und Schweden mit 4,7 AntragstellerInnen pro 1.000 Ew.).

Innenminister Geibert bedauert:

‘eine Unterbringung in Einzelunterkünften sei *schon heute nicht mehr durchweg möglich*. Die Hälfte der Flüchtlinge müsse in Gemeinschaftsunterkünften einquartiert werden‘.

Richtig ist:

dass die flächendeckende dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Thüringen niemals beabsichtigt war, sondern seit Jahren von der CDU-regierten Thüringer Landespolitik und nicht zuletzt auch von CDU-LandrätInnen und OberbürgermeisterInnen vor Ort verhindert wurde und sich erst in den letzten Jahren Besserung im Sinne insbesondere von Flüchtlingsfamilien ergeben habe.

Innenminister Geibert gibt vor:

in Zukunft für eine bessere Integration der Flüchtlinge sorgen und das Recht auf Arbeit bereits nach 3 bis 6 Monaten einführen zu wollen.

¹ <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Geibert-will-Zuzug-aus-dem-Balkan-bremsen-704637784> sowie <http://www.tlz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Kosten-fuer-Asylbewerber-steigen-um-die-Haelfte-704637776>

² <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/bild-845546-382169.html>

³ Angaben des UNHCR, aufbereitet durch den Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Verschwiegen wird dabei:

dass dies bereits im Koalitionsvertrag⁴ verankert und kein humanitäres oder integratives, sondern in erster Linie ein der deutschen Wirtschaft nutzbringendes Vorhaben ist.

Innenminister Geibert fordert:

die Asylverfahrensdauer auf drei Monate zu senken.

Fakt ist:

dass er hiermit ebenfalls dem Koalitionsvertrag⁵ auf Bundesebene hinterher hinkt und genau wie die neue Bundesregierung dabei ebenso wenig die rechtsstaatlich gebotene sorgfältige Einzelfallprüfung, sondern eher gegenteiliges im Sinn hat.

Innenminister Geibert behauptet:

dass die 'Anerkennungsquote der Asylsuchenden bei kaum mehr als Null' liegt.

Richtig ist:

Dass, bezieht man alle aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen (die Gewährung von Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention mit 13 Prozent, die Feststellung von Abschiebungsverboten nach dem Aufenthaltsgesetz mit 13,5 Prozent, Asyl-Anerkennungen nach dem Grundgesetz mit 1,2 Prozent) ein, so beträgt die Gesamtschutzquote 2012 in Deutschland 27,7 Prozent. Und werden dann noch alle formellen Erledigungen abgezogen, „dann kommt man für 2012 auf eine ‚bereinigte Gesamtschutzquote‘ von 35,8 Prozent. Mehr als jeder Dritte erhielt im Jahr 2012 in Deutschland also internationalen Schutz. Im ersten Halbjahr 2013 lag die bereinigte Schutzquote bei über 44 Prozent.“⁶

⁴ http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf, S. 110

⁵ http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf, S. 108

⁶ <http://mediendienst-integration.de/artikel/anerkennungsquote-hoehere-als-berichtet.html>